

an

für schwere Delikte.

Viele Staaten würden bei der Umsetzung des Strafmaßes nicht die Größe des Finanzinstituts und die Höhe des aus dem Regelverstoß gezogenen Gewinns berücksichtigen. Auch das müsse sich ändern, heißt es in dem Kommissionsbericht. In 15 EU-Staaten seien die Aufsichtsbehörden nicht dazu berechtigt, für Marktmanipulationen verantwortliche Manager zu entlassen, klagt die EU-Kommission. Auch gebe es in vielen Staaten keine Rechtsgrundlage dafür, Sanktionen im Finanzmarktbereich zu veröffentlichen, um die Täter an den Pranger zu stellen. In der Versicherungsbranche werde dies nur in 14 Mitgliedstaaten praktiziert.

innenmarkt-
che Be-
delikten an.
weise lä-
nsektor
en nur
könnten
afen für
ngt wer-

SC
German Reuters

Hinzu komme, dass Behörden die vorhandenen Sanktionsmöglichkeiten noch nicht einmal nutzen würden. „In einigen Mitgliedstaaten sind seit mehr als zwei Jahren keine Sanktionen verhängt worden. Das ist symptomatisch für die unzureichende Durchsetzung der EU-Vorschriften“, schreibt die Kommission.

fällt aus

den.

inuten erledigt. Und wer will
stzlich ohne Konto sein,
erweisungen darüber
es am geplanten
Banken auch
Cantona
nierte. Seine
hat kürzlich ei-
die Bank LCL ge-

ist zwar fehl-
zeigt die Reak-
verunsichert
der Finanz-

Die Jüngeren bevorzugen den Geldautomaten

FRANKFURT. Bankkunden besorgen sich ihr Bargeld am liebsten am Geldautomaten. Den Gang zum Bank-schalter bevorzugen vor allem ältere Menschen, die sich auch tendenziell höhere Beträge auszahlen lassen. Jüngere Bevölkerungsgruppen hingegen steuern häufiger den Geldautomaten zum Abheben kleinerer Summen an. Das ist im Kern das Ergebnis einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank, die über 2200 Menschen zu ihrem Geld-Abhebeverhalten befragt hat.

Mit Hilfe der Abhebehöhe und des Restbargeldbestandes vor einer erneuten Abhebung hat die Bundesbank jetzt die Transaktionskasse der privaten Haushalte in Deutschland ermittelt. Sie liegt bei 14,5 Mrd. Euro. Damit werden weniger als fünf Prozent des gesamten Bargeldumlaufs von Privatpersonen für Ausgaben des täglichen Lebens gehalten.

Die Entwicklung des Abhebeverhaltens sei eng mit der Bargeldnutzung verbunden, schreibt die Bundesbank. Sollte sich das Zahlungsverhalten stärker als bisher in Richtung bargeldloser Zahlungsinstrumente entwickeln, erwartet sie Auswirkungen auf das Abhebeverhalten.

Der Anteil der Bargeldzahlungen im Handel nehme seit Jahren langsam, aber stetig ab, während die Zahlungen mit Karte zunähmen. Darüber hinaus existierten weitere, innovative Zahlungsinstrumente wie Zahlungen mittels Handy oder Fingerabdruck. Sie hätten noch den Status einer Nischenanwendung, dürften aber an Bedeutung gewinnen.

Um den Einfluss neuerer Entwicklungen zu analysieren, plant die Bundesbank, derartige Studien künftig wiederholt durchzuführen. So soll eine langfristige Betrachtung der Abhebe-, aber auch der Zahlungsverhalten erreicht werden. 2009 hat die Bundesbank bereits die Studie „Zahlungsverhalten in Deutschland“ herausgegeben.

mak